



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nochmals die Reichstagswahlen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nochmals die Reichstagswahlen



Näher der Zeitpunkt der Reichstagswahlen heranrückt, desto mehr beschäftigen sich alle politischen Parteien mit ihrer Stellung dazu. Am rührigsten dürfte auch diesmal die sozialdemokratische Partei auftreten, die nicht allein in ihrer Presse, sondern auch durch Versammlungen und Vorträge auf die Wähler einzuwirken und sie für ihre Interessen zu gewinnen sucht — und versteht. Daß die Sozialdemokraten bisher am meisten Erfolge bei den industriellen Arbeitern erreicht haben, ist bekannt; mit der Zunahme dieser Arbeiterklasse und ihrem gesteigerten Zuzug nach den großen Städten ist die Zunahme der sozialdemokratischen Partei und ihres Einflusses verknüpft. Wenn man die Auslassungen der sozialdemokratischen Presse verfolgt, und wenn man die Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen betrachtet, so möchte man beinahe annehmen, daß es überhaupt keine oder doch nur sehr wenig Arbeiter mehr gäbe, die nicht sozialdemokratisch dächten und wählten. Diese Annahme würde nun unbedingt falsch sein, doch muß allerdings leider zugegeben werden, daß bei weitem der größte Teil der Arbeiter tatsächlich unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteileitung steht. Fragt man nach dem Grunde dieser Erscheinung, so ergibt sich als der wesentlichste: die außerordentliche Rührigkeit und unermüdliche Agitation der sozialdemokratischen Leitung, die den Grundsatz verfolgt, zunächst und mit allen Mitteln Unzufriedenheit zu erregen und zu schüren; sie weiß sehr wohl, daß Unzufriedenheit die Grundlage ist für alle Forderungen und deren Konsequenzen: Bekämpfung des Arbeitgebers, höhere Löhne und geringere Arbeitszeit, Arbeitseinstellungen, immer engerer Anschluß an die die Erfüllung aller Wünsche in Aussicht stellende und versprechende Partei, und endlich, als ultima ratio, sozialdemokratische Wahlen. Dann ist das zur Zeit erreichbare Ziel, das fortwährende Wachstum des Einflusses in den Parlamenten und in den Gemeindevertretungen erreicht.

Die sozialdemokratischen Führer sagen: Wir sind die Einzigen, die sich im täglichen Leben sowohl wie im Reichstage, im Landtage und in der Gemeindevertretung des arbeitenden und des armen Volkes annehmen; wir allein vertreten die Interessen des Proletariats, oder richtiger gesagt, des Arbeiters,

während alle andern Parteien nur das Interesse des Unternehmers, des Kapitalisten im Auge haben. Wie nun der Tropfen den Stein höhlt, so übt auch dieses jeden Tag wiederholte Wort endlich seine Wirkung aus, und trotz allem, was der Staat seit dreißig Jahren getan hat, wachsen die Unzufriedenheit und der Glaube, daß es nur die Sozialdemokratie sei, die für die Interessen der Arbeiter, d. h. für die auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen eintrete. Es liegt in der Natur des Menschen, daß man der Partei, auf deren Unterstützung man angewiesen zu sein meint, schließlich selbst beitrifft und sich dann auch den von dieser Partei verkündeten und vertretenen Grundsätzen anschließen muß. Hierher gehört die Entfremdung von der christlichen Religion, von der Vaterlandsliebe, von der Treue und Anhänglichkeit an Kaiser und Landesfürsten, vielfach auch an die Familie. Vergessen wird dann alles, was Deutschland, allen andern Ländern voranschreitend, für die arbeitenden Klassen, namentlich im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit, tut, vergessen die Liebe und die Anhänglichkeit an das Vaterland, vergessen die glorreiche Zeit vor dreißig Jahren, wo sich unser Volk unter der Führung seiner Fürsten das geeinte Vaterland erkämpfte. Wir haben noch viele Tausende von Landsleuten, die an den Kriegen der Jahre 1864, 1866 und 1870 teilgenommen haben, wir haben Hunderttausende, die dem Verbands der Militärvereine angehören, wir haben viele Tausende von Arbeitern, die sich in ihren Arbeitsverhältnissen nach jeder Richtung hin wohl und glücklich fühlen — und trotzdem nehmen die Stimmen, die bei den Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben werden, von Jahr zu Jahr zu. Der gute Einfluß der bürgerlichen Parteien, der Arbeitgeber und der gutgesinnten Arbeiter schwindet mehr und mehr vor dem Einfluß der sozialdemokratischen Agitatoren, obgleich namentlich die ältern Arbeiter wohl einsehen, daß deren Lehren ihnen kein Heil bringen, daß ohne Religion, ohne Vaterlandsliebe, ohne treue, auf Arbeitsamkeit und Sparsamkeit begründete Sorge für Weib und Kind kein irdisches Glück erreicht und bewahrt werden kann. Die Macht der Sozialdemokratie und ihrer Lehren liegt aber darin, daß diese einen guten Kern haben, daß es wirklich in den sogenannten untern, auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Klassen viel Not und Elend gibt, und daß der sozialdemokratischen Initiative ohne allen Zweifel manche Verbesserung im Dasein der arbeitenden Klasse, manche Errungenschaften in der Gesetzgebung und in sozialen Einrichtungen zu danken sind. Dieser gute Kern wird aber überwuchert und zwar hoch überwuchert durch die Auswüchse der sozialdemokratischen Lehren, durch die Verbreitung des Klassenhasses, die Bekämpfung von Religion und Vaterlandsliebe, die geifflentliche Einimpfung von Unzufriedenheit.

Hat sich diese erfolgreiche Agitation bis jetzt in der Hauptsache auf die Kreise der industriellen Arbeiter beschränkt, so sind das nächste Ziel die ländlichen Arbeiter und endlich die Armee. Ist es eines Tages gelungen, hier Fuß zu fassen, die Armee zu unterwühlen, dann darf die Sozialdemokratie ihr Werk als nahezu vollendet betrachten, und es bedarf alsdann nur eines geringen Anstoßes, unser Staatswesen zu stürzen und den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie zu errichten. Daß dieser Zukunftsstaat, wenn er wirklich je

zur Tatsache würde, auch nicht annähernd so aussehen würde, wie er jetzt in den Köpfen der sozialdemokratischen Führer spukt, oder wie sie ihn wenigstens darzustellen lieben — selbst an die Durchführbarkeit ihrer Utopien zu glauben, sind sie meist zu geistes —, darüber herrscht wohl kaum ein Zweifel. Aber immerhin würden nach mächtigen Umwälzungen, die denen der französischen Revolution ähneln dürften, Zustände eintreten, denen vorzubeugen und die mit allen Mitteln zu verhindern ohne jeden Zweifel im Interesse und im Pflichtenkreis aller derer liegt, die nicht auf die sozialdemokratischen Lehren und Phantasien eingeschworen sind.

Aber was bis jetzt in dieser Richtung getan worden ist, sei es vom Staat, von Korporationen, von politischen Parteien, hat keinen oder doch nur sehr geringen Erfolg gehabt. So lange eine Bekämpfung der Sozialdemokratie nur von solchen Kreisen ausgeht, die nicht selbst zur arbeitenden Klasse gehören, werden sie nie viel ausrichten, weil die sozialdemokratischen Führer immer sagen werden: Diese Leute verstehen nichts davon, sie wissen nicht, wo den Arbeiter der Schuh drückt, und also auch nicht, wie ihm geholfen werden kann. Auch die sehr aner kennungswerten Bestrebungen christlicher Männer wie Stöckers, die durch Gründung der christlich-sozialen Partei ein Gegengewicht schaffen wollen, greifen deshalb nicht durch. Den einzigen richtigen Weg hat unser Kaiser angegeben in seinen Ansprachen an die Arbeiter in Essen und in Breslau. Die Arbeiter selbst müssen den Einfluß der Sozialdemokratie, den Terrorismus ihrer Führer abschütteln und müssen ihre Lehren bekämpfen, das vielfach Unwahre ihrer Behauptungen feststellen in Versammlungen, in der Presse und endlich im Reichstag. Aus vollem Herzen unterschreiben wir die Aufforderung, die der Kaiser an die Krupp'schen Arbeiter gerichtet hat, das Tischtuch zwischen sich und den Sozialdemokraten zu zerschneiden. Von Jahr zu Jahr, sagte der Kaiser später in Breslau, hätte sich der deutsche Arbeiter durch sozialdemokratische Agitatoren in dem Wahn erhalten lassen, daß nur durch Anschluß an diese Partei eine Verbesserung ihrer Lage erreicht werden könne, und daß ihre Interessen es gebieterisch verlangten, sozialdemokratische Vertreter in den Reichstag zu wählen. Sie möchten sich doch von diesen Leuten einmal lossagen und möchten aus ihren eignen Kreisen wählen, möchten den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ in die Volksvertretung senden; der werde dann allen Parteien und vor allem auch der Regierung willkommen sein als Mitarbeiter an allen Gesetzen, die den Zweck haben, das Wohl des Volks zu sichern.

Diese kaiserliche Aufforderung sollte von allen gutgesinnten Parteien auf das nachdrücklichste unterstützt werden. Wir würden in dem Eintreten von Vertretern des mit der Hand arbeitenden Volks in den Reichstag eine ganz außerordentliche Besserung und Festigung unsrer parlamentarischen Institution sehen und zugleich das beste — um nicht zu sagen das einzige — Gegenmittel gegen die immer mächtiger und frecher auftretende Agitation der sozialdemokratischen Partei. So lange sich diese als die einzige hinstellt, die im Reichstage die Interessen der Arbeiter vertritt und alle andern Parteien in der Hauptsache als ihre das Kapital vertretenden Gegner, so lange ist eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie im Reichstage nicht möglich. Bleibt

bei Abstimmungen die sozialdemokratische Partei in der Minderheit — wie es jetzt noch meistens der Fall ist —, so ist es sehr leicht, in die Welt hinaus zu verkünden: „Die andern Parteien haben wieder einmal die Genossen überstimmt, die allein für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auftreten.“ Wie anders würde das sein, wenn im Reichstage Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter selbst ihren Platz hätten, die nicht Sozialdemokraten wären, sondern im Gegenteil ihre Lehren bekämpften und die alljährlich vorgebrachten Klagen und Beschwerden auf das richtige Maß zurückführten, auf Grund eigener Erfahrungen, eigener Kenntnis der Verhältnisse. Von der Tribüne des Reichstags müßten sie ihren Berufsgenossen beweisen, daß es nicht die Lehren der Sozialdemokratie sind, die ihnen Heil und Glück bringen können. Man sage nicht, daß der gewöhnliche Arbeiter nicht gebildet, nicht intelligent genug dazu sei, im Reichstag als Redner aufzutreten; wir glauben im Gegenteil, daß es in Fabrik und Werkstatt Arbeiter genug gibt, die in jeder Hinsicht geeignet wären, im Reichstage nicht nur zu stimmen, sondern auch zu reden, und die weit besser geeignet wären, die arbeitende Bevölkerung zu vertreten, als der größte Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich aus Advokaten, Gastwirten, Redakteuren und dergleichen mehr zusammensetzen.

Eine große Schwierigkeit würde allerdings in der Diätenfrage liegen; aber wir denken, daß es auch da heißt: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Will der Kaiser und will das Volk, daß Arbeiter ins Parlament kommen, so muß auch die Möglichkeit dazu geschaffen werden. Erscheint nun die Bewilligung von Diäten nicht möglich, so könnten für die Vertreter der nicht-sozialistischen Arbeiterpartei ebensogut Mittel beschafft, ebensogut Parteikassen gegründet werden, wie es für die der Sozialdemokratie geschieht. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen sollte von allen Ordnungsparteien die Parole ausgegeben werden: Sorgt dafür, daß eine gewisse Anzahl von Männern aus der arbeitenden Klasse in den Reichstag kommt, die nicht Sozialdemokraten, und die befähigt sind, den sozialdemokratischen Führern im Reichstage entgegenzutreten. Sie würden es besser und wirkungsvoller tun können, als die besten Redner anderer Parteien, weil sie die Verhältnisse und die Bedürfnisse der Arbeiter aus eigener Erfahrung kennen. Zugleich, also noch vor den Wahlen, sollte es aber auch möglich sein, durch die Presse in diesem Sinne und nach dieser Richtung hin zu wirken.

Möchte man alle die Mittel, wie sie jetzt zur Errichtung von Denkmälern für Stumm oder Krupp oder für Dank- und Zustimmungsadressen verwandt worden sind, lieber auf die Bildung und den Ausbau einer nicht sozialistisch gesinnten Arbeiterpartei, auf Schaffung einer gut geleiteten Presse und auf eine energisch geleitete Wahlbewegung konzentrieren. Die Gefahr des fortwährenden Anwachsens der Sozialdemokratie ist weit größer, als sich weite Kreise im deutschen Vaterlande träumen lassen. Eine Erscheinung, die wohl zu denken gibt, ist, daß neuerdings christlich und konservativ gesinnte Kreise große Sympathie für die Sozialdemokratie hegen. Namentlich in Süddeutschland kann man diese Beobachtung machen; dort sowohl wie in der deutschen Schweiz hört man vielfach die Ansicht, daß in den Lehren der Sozialdemokratie viel

Gutes und Wahres enthalten sei, daß man aber ihre Irrlehren am besten oder allein dadurch bekämpfen könne, daß man selbst der Partei beitrete und mit den „Genossen“ in stetem Verkehr und Gedankenaustausch bleibe. Wir halten dies für einen großen Irrtum, dem ein ganz ungerechtfertigter Idealismus zu Grunde liegt. Entweder man wird mit der Zeit selbst Sozialdemokrat, gibt seinen Glauben, seine Vaterlandsliebe auf, oder man spielt eine unehrliche Rolle und kann leicht von den Genossen als „Spiegel“ bezeichnet und gebrandmarkt werden. Die Ansicht, daß man ganz wohl gläubiger Christ, Patriot und überzeugungstreuer Sozialdemokrat zugleich sein könne, ist irrig und beruht auf Unkenntnis oder auf Idealismus. Neben diesen Idealisten, die von der Ansicht ausgehen, sie könnten als Sozialdemokraten am besten allen „leidenden Brüdern“ die Hand reichen, gibt es eine große Zahl von Indifferenten, die sich um soziale und politische Fragen möglichst wenig kümmern, und denen auch tatsächlich diese Fragen nicht nahe treten. Sie haben keine Beziehungen zu Arbeiterkreisen, kennen nicht ihre Bedürfnisse und gehn im allgemeinen der Not des täglichen Lebens möglichst aus dem Wege; treten ihnen aber solche Fragen doch einmal nahe, so meinen sie, daß die Fürsorge der Sozialdemokratie für das arbeitende Volk sehr anerkennenswert sei, ihre sonstigen Ziele, wie Umsturz der jetzigen Staatsform, Beseitigung des Privatbesitzes usw. würden sie aber doch nicht erreichen, und im schlimmsten Falle sei ja noch immer das Militär dazu da, den guten Spießbürger vor Gewalttätigkeit und Umwälzung zu schützen.

Diese und ähnliche oft gehörte Auslassungen führen zu der Frage: Wie stellt sich die sozialdemokratische Propaganda zum Militär, findet eine Beeinflussung statt, und hat sie, die Sozialdemokratie, schon Erfolge zu verzeichnen? — Daß die Partei das größte Interesse daran hat, in der Armee Fuß zu fassen, liegt auf der Hand und ist oft genug in sozialdemokratischen Versammlungen ausgesprochen worden; daß sie zur Erreichung dieses Zieles kein Mittel scheut und unversucht läßt, ist ebenfalls begreiflich für jeden, der die Tendenzen der Sozialdemokratie kennt und weiß, daß ihnen die mit einer solchen Propaganda verbundene Verleitung zum Treubuch nicht als Hindernis erscheinen würde. Trotzdem glauben wir, daß ihre Erfolge nach dieser Richtung hin bis jetzt noch äußerst gering sind; es liegt das nicht allein in der strengen Beaufsichtigung und Überwachung durch die Vorgesetzten, sondern auch in dem Gefühle der Vaterlandsliebe und der Treue und der Anhänglichkeit unsers Volks an den Landesherren und an die militärischen Vorgesetzten, der Liebe zum Soldatenstand und vor allem an der Heiligkeit des Fahneneides. Gegen diese Gefinnungen richten sich die Bemühungen der Wähler; treten sie nicht noch offener und energischer zutage, so liegt das daran, daß sie jetzt noch auf keinen großen Erfolg rechnen können, und daß sie zunächst noch genug mit der Bearbeitung der Landbevölkerung zu tun haben. Daß aber unter günstigen, erfolgverheißenden Verhältnissen mit allen Kräften an eine Unterwühlung der Armee gegangen werden würde, dafür sprechen unter anderm die jüngsten Vorkommnisse in der Schweiz. Obgleich dort viele Wünsche und Ideale der Sozialdemokratie erreicht worden sind, wie republikanische Staats-

form, Volksabstimmung, Volkswahlen, Milizarmee, so hat man doch besonders seit Jahresfrist begonnen, mit größter Energie gegen die militärischen Einrichtungen, gegen die Grundsätze der Disziplin und des unbedingten Gehorsams zu agitieren. Die letztjährigen, nicht durchgängig gelungenen Manöver boten diesen Bestrebungen gewisse Handhaben, die von der sozialdemokratischen Presse mit großem Eifer ergriffen wurden; wochenlang schrieb sie über die angeblichen Überanstrengungen während der Manöver, die unwürdige Behandlung durch die Vorgesetzten, die mangelhafte Verpflegung, die Strenge der Disziplinarstrafen usw. Die Vorkommnisse in Genf, wo sich ein großer Teil der einberufenen Wehrleute weigerte, dem Volksaufbruch energisch entgegenzutreten, sind allerdings geeignet, die gute Zuversicht zu erschüttern, und es wird der vollen Energie der eidgenössischen und der kantonalen Behörden bedürfen, solche Erscheinungen in Zukunft zu verhindern.^{*)} Ein Gesetzesentwurf, daß in Zukunft die Verleitung zum militärischen Ungehorsam und Treubruch strafbar sein soll, ist auch schon von den eidgenössischen Räten angenommen worden. Die Sozialdemokraten sammeln aber jetzt mit allen Kräften die nötigen Stimmen, um dieses Gesetz zur Volksabstimmung und damit, wie sie hoffen, zur Verwerfung zu bringen.

Wenn wir hier die Verhältnisse in der Schweiz erwähnt haben, so geschah es, weil man dort am besten einen Einblick in die sozialdemokratische Bearbeitung erhält, und weil man daraus ersehen kann, was auch uns in Deutschland bevorstehn würde, wenn man der Sozialdemokratie mehr und mehr Spielraum ließe, und wenn man unsre Armee durch die Verkürzung der Dienstzeit mehr und mehr zur Milizarmee machen wollte. Bis jetzt ist ja trotz der zweijährigen Dienstzeit diese Gefahr noch nicht akut bei uns geworden, während man in Frankreich die Verkürzung der Dienstpflicht ganz unbedenklich als einen ersten und verhängnisvollen Schritt zum Milizheere bezeichnet. Es wäre aber ganz unbegründeter Optimismus, wenn man das Eindringen der sozialdemokratischen Lehren und Gesinnungen in die Reihen unsrer Armee für unmöglich halten wollte. Wir halten es im Gegenteil für eine große Gefahr, die sicher nur abgewandt werden kann, wenn sich die nicht sozialdemokratischen Parteien bei allen Wahlen und so auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen endlich einmal zusammenschließen und gemeinsam Front gegen die sozialdemokratische Wahlagitation machen. Dazu gehört aber freilich das Aufgeben der vielen Parteigegegensätze und der untergeordneten Fragen, die bei den Wahlen immer wieder dazu ins Feld geführt werden, die eignen Kandidaten durchzubringen. Die leider so zahlreichen Schattierungen der Konservativen, die Nationalliberalen, das Zentrum, die Antisemiten und ein großer Teil der Freisinnigen sollten bei den bevorstehenden Wahlen ihre besondern Parteinteressen einmal in den Hintergrund stellen und sich die Hand reichen, um gemeinsam die Sozialdemokratie zu bekämpfen und um andre Vertreter des deutschen Volkes in den Reichstag zu bringen, als die Agitatoren dieser

^{*)} Daß hierzu der Wille und auch die gesetzlichen Handhaben vorhanden sind, hat sich bei der Unterdrückung des jüngst ausgebrochenen Maurerstreiks in Basel gezeigt.

Partei, die unsrer Staatsverfassung feindlich gegenüberstehn, weder als Deutsche noch als Christen fühlen und trotzdem einen von Jahr zu Jahr steigenden Terrorismus im Reichstage selbst ausüben.



Gibraltar und Marokko

Von Otto Schulz, Hauptmann und Kompagniechef im F. b. 14. Inf.-Rgt.



ie marokkanischen Wirren haben unsern Blick auf ein Land gelenkt, wo, obwohl es eines der gesündesten und fruchtbarsten der Erde ist, eine jahrhundertelange Mißregierung einen nennenswerten Kulturfortschritt und Aufschwung verhindert hat. Wenn nun auch die „marokkanische Frage“ langsam und unaufhaltsam ihrer Lösung entgrentreibt, so ist sie doch bisher ungelöst geblieben wegen der Eifersucht der an ihr am meisten interessierten Staaten untereinander.

Das am nächsten liegende Spanien, das nach und nach immer größern Einfluß in Nordafrika und im Mittelmeer gewinnende Frankreich und vor allem das schon das eine Ufer der Meerenge von Gibraltar und damit die ganze so wichtige Handelsstraße beherrschende England lauern auf den Augenblick, wo ihnen ein glücklicher Zufall erlaubt, die reife Frucht zu pflücken, das heißt das protectorat du Maroc zu erwerben. Aber auch ferner liegende Staaten haben hier wichtige Interessen zu vertreten. Italien nimmt von Jahr zu Jahr größern Anteil an allen Vorgängen, die das Mittelmeer und die afrikanische Küste betreffen und dort eine Änderung im Besitzstande hervorrufen könnten. Und nicht zum mindesten hat Deutschland, das mit Marokko in sehr lebhaften Handelsbeziehungen steht und hierin nur noch von England übertroffen wird, ein großes Interesse an dem Schicksale dieses Landes.

Man möchte nun vielleicht glauben, daß England als Besitzer des uneinnehmbar genannten Gibraltars ohne Gefahr auf weitere Stützpunkte oder weitem Landbesitz an der Meerenge von Gibraltar verzichten könnte. Das ist nun aber doch nicht der Fall; denn zunächst hat Gibraltar selbst nicht mehr die offensive und defensive Stärke wie früher, sodann vermag Gibraltar nur solange England die Herrschaft über die Meerenge zu sichern, als nicht am afrikanischen Ufer eine Position von gleicher Bedeutung in der Hand einer andern Großmacht ist. Das haben auch die Engländer erkannt. Deshalb haben sie sich schon seit langer Zeit mit der Frage beschäftigt, wie Englands Position an der Meerenge verstärkt werden könnte.

Die strategische Bedeutung Gibraltars besteht zunächst darin, daß es der Hauptstützpunkt für das englische Mittelmeergeschwader ist. Zu diesem Zweck ist sein Hafen zu einem vorzüglich eingerichteten Kriegshafen ausgebaut und reichlich mit Arsenalen, Docks, Kohlenvorräten und anderm Material sowohl zur Erhöhung wie zur Wiederherstellung der Gefechtskraft der Kriegsschiffe ausgestattet worden. Infolge seiner Lage an der Grenze des Atlantischen Ozeans und des Mittelländischen Meeres kann es auch von Schiffen, die sich